

Kreis Viersen

Vertrag über Beförderungsleistung

Beförderungsleistungen für Bioabfall

- Juli 2026 -

Auftraggeber:



ABFALLBETRIEB
KREIS
VIERSEN

Abfallbetrieb des Kreises Viersen
Rathausmarkt 3
41747 Viersen

Vertrag über die Beförderung von Bioabfall

zwischen dem Kreises Viersen, vertreten durch den Abfallbetrieb des Kreises Viersen, wiederum vertreten durch die Betriebsleitung, Rathausmarkt 3, 41747 Viersen,

- nachfolgend „Auftraggeber“ oder „AG“ genannt -

und

- nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt -

§ 1

Entsorgungsgebiet / Vertragsgegenstand

- (1) Den Gegenstand dieses Vertrages bildet die Beförderung von Bioabfall aus der kommunalen Sammlung des Auftraggebers.
- (2) Grundlage für die Durchführung der Leistungen gemäß diesem Vertrag ist insbesondere das öffentliche Recht, einschließlich des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24.02.2012 in der jeweils geltenden Fassung, des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes NRW in der jeweils geltenden Fassung sowie der von dem Kreis Viersen erlassene Satzungen über die Abfallentsorgung in der geltenden Fassung.

§ 2

Vertragsgrundlagen

- (1) Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch diesen Vertrag bestimmt. Dem Vertrag und dem vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen liegen zugrunde
 - die Leistungsbeschreibung unter Berücksichtigung der Antworten und Klarstellungen der Vergabestelle auf Bewerber- und Bieterfragen (**Anlage 1** zum Vertrag);
 - das Angebot des Auftragnehmers vom ***, insbesondere das ausgefüllte Preisblatt (**Anlage 2** zum Vertrag);
 - die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen);
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B);
 - das BGB in der jeweils geltenden Fassung
- (2) Bei Abweichungen und Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile nach Abs. 1 in der dort genannten Reihenfolge.

- (3) Ausdrücklich ausgeschlossen werden allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, und zwar auch dann, wenn der Auftragnehmer sich im zukünftigen Schriftverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist.

§ 3

Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Die Pflichten des Auftragnehmers betreffend die von ihm zu erbringenden Leistungen ergeben sich vorrangig aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zum Vertrag).
- (2) Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet, die vertragsgegenständlichen Abfälle nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zum Vertrag), im Übrigen nach Maßgabe dieses Vertrages zu befördern und der betreffenden Entsorgungsanlage gemäß der Leistungsbeschreibung zu überlassen. Die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zum Vertrag) jeweils beschriebenen Anlieferbedingungen sind einzuhalten.
- (3) Das Befördern des vertragsgegenständlichen Bioabfalls hat auch während der Wintermonate und während sonstiger erschwelter Bedingungen in der vereinbarten Regelmäßigkeit zu erfolgen. Insbesondere bei witterungsbedingt erschwerten Straßenverhältnissen sind die Sammel- und Transportfahrzeuge mit geeigneten Winterbetriebshilfen (Schneeketten o.ä.) auszurüsten, welche das Einsammeln und das Befördern auch unter erschwerten Straßenverhältnissen ermöglichen.

§ 4

Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer erbringt sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen in eigener Verantwortung und auf eigene Gefahr. Lässt der Auftragnehmer vertragsgegenständliche Leistungen durch Nachunternehmer oder weitere Nachunternehmer erbringen, erfolgt dies – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – ebenfalls in Verantwortung und auf Gefahr des Auftragnehmers. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen stehenden Tätigkeiten.
- (2) Der Auftragnehmer hat die einschlägigen technischen und rechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Er hat insbesondere alle für ihn jeweils geltenden rechtlichen Ver-

pflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die jeweils geltenden arbeits- und arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmern¹ wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden. Er hat insbesondere ferner die jeweils geltenden Bestimmungen des Kreislaufwirtschafts- bzw. des Abfallrechts und des übrigen Umweltrechts einzuhalten. Des Weiteren hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass eventuelle Nachunternehmer und deren eventuelle Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – die einschlägigen technischen und rechtlichen Bestimmungen im Sinne dieses Absatzes ebenfalls einhalten.

- (3) Der Auftraggeber übernimmt gegenüber dem Auftragnehmer keine Haftung und keine Gewähr hinsichtlich der Zusammensetzung, der Menge und der Qualität der vertragsgegenständlichen Bioabfalls sowie keine Haftung und keine Gewähr für die Stetigkeit von Abfallmengen.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Dies gilt auch für die Stellung der erforderlichen Fahrzeuge und Geräte sowie des für die Leistungserbringung erforderlichen zuverlässigen und sachkundigen Personals und der erforderlichen Infrastruktur. Soweit die Leistungsbeschreibung hierzu keine abweichenden Anforderungen enthält, hat die Ausstattung mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu entsprechen. Hinsichtlich der zu erbringenden Beförderungsleistungen hat der Auftragnehmer insbesondere auch die anerkannten Regeln eines ordnungsgemäßen Kraftfahrbetriebs einzuhalten, stets für den einwandfreien und verkehrssicheren Zustand der Transportfahrzeuge und für die Ordnung in der Betriebsführung zu sorgen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er die geschuldeten Leistungen in tatsächlicher und in rechtlicher Hinsicht wie gefordert ab Leistungsbeginn und während der gesamten Leistungszeit ordnungsgemäß erbringen kann und darf.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen sachkundigen Bevollmächtigten und einen Vertreter als Ansprechpartner zu bestimmen, die dem Auftraggeber von montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr und samstags von 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr als

¹ Mit dem Begriff „Arbeitnehmer“ werden in dem vorliegenden Vertrag zusammenfassend sowohl Arbeitnehmerinnen als auch Arbeitnehmer bezeichnet

Ansprechpartner mit selbstständiger Entscheidungsgewalt bezüglich aller die Vertragserfüllung betreffenden Fragen zu Verfügung stehen. Die Benennung der Ansprechpartner wird **Anlage 3** zum Vertrag. Alle Äußerungen des Auftragsnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Jegliche Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und dem Bevollmächtigten oder sonstigen Vertretern des Auftragnehmers sind in deutscher Sprache zu führen.

- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle für seine geschuldeten Leistungen gegebenenfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Zulassungen (z.B. immissionsschutzrechtliche Genehmigungen, wasserrechtliche Erlaubnisse oder Bewilligungen, Baugenehmigungen, abfallrechtliche Planfeststellungen oder -genehmigungen usw.) zu verfügen. Die Zulassungen müssen mindestens für die Dauer der Leistungszeit gültig und vollziehbar sein. Der Auftragnehmer muss alle gegebenenfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Zulassungen spätestens bis zum Leistungsbeginn eingeholt und dem Auftraggeber durch Vorlage nachgewiesen haben. Auf entsprechende Aufforderung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Zulassungen auch während der Vertragslaufzeit unverzüglich durch Vorlage der Zulassungsbescheide nebst aller Änderungsbescheide, Änderungsanzeigen - jeweils mit Anzeigenbestätigung (soweit vorhanden) - und nachträglichen Anordnungen nachzuweisen, oder durch Vorlage beglaubigter Kopien. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unaufgefordert und unverzüglich über alle Veränderungen betreffend die Zulassungen schriftlich zu informieren.
- (6a) Abs. 6 gilt für alle Nachunternehmer und alle weiteren Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – entsprechend. Dies ist bei Erteilung eines Auftrags an einen Nachunternehmer oder an einen weiteren Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – vertraglich sicherzustellen. Den rechtzeitigen Nachweis hat der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber zu führen. Führt der Auftragnehmer den Nachweis bei Einholung der Zustimmung im Sinne des § 3 Abs. 9 Sätze 1 und 2 nicht, liegt auch ein wichtiger Grund für die Verweigerung der Zustimmung im Sinne des § 3 Abs. 9 Satz 3 vor.
- (7) Für die gesamte Dauer der Leistungszeit muss der Auftragnehmer bzw. dessen mit den Leistungen beauftragte Niederlassung als Entsorgungsfachbetrieb im Sinne des § 56 Abs. 2 KrWG für die vertragsgegenständlichen Leistungen zertifiziert sein oder über ein gleichwertiges Zertifikat² verfügen. Das Zertifikat muss bis zum Ablauf der

² Anmerkung: Die zweite Alternative dieser Regelung, wonach der jeweilige Auftragnehmer bzw. die beauftragte Niederlassung des Auftragnehmers über ein „gleichwertiges“ Zertifikat verfügen muss, betrifft Auftragnehmer, soweit diese nicht dem deutschen Kreislaufwirtschafts- bzw. Abfallrecht unterliegen, insbesondere nicht dem deutschen KrWG. Diese Auftragnehmer haben jeweils ein Zertifikat nach dem für sie maßgeblichen Recht vorzulegen, das dem deutschen EfB-Zertifikat entspricht. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es insbesondere für Auftragnehmer, soweit diese dem deutschen Abfallrecht unterliegen, nicht als ausreichend anzusehen

Angebotsfrist gegenüber dem Auftraggeber nachgewiesen werden. Rechtzeitig bevor die Gültigkeit eines Zertifikats während der Leistungszeit endet, hat der Auftragnehmer das neue Zertifikat – ebenfalls unaufgefordert – gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen. Die Zertifikate werden **Anlage 4** zum Vertrag.

- (8) Abs. 7 gilt für alle Nachunternehmer und alle weiteren Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – entsprechend. Dies ist bei Erteilung eines Auftrags an einen Nachunternehmer oder an einen weiteren Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – vertraglich sicherzustellen. Den rechtzeitigen Nachweis der Zertifikate, Erlaubnisse und Anzeigen (letztere nebst Eingangsbestätigung) hat der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber zu führen. Weist der Auftragnehmer bezüglich eines Nachunternehmers oder eines weiteren Nachunternehmers – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – bei Einholung der Zustimmung im Sinne des § 3 Abs. 9 Sätze 1 und 2 nicht nach, dass es sich um einen Entsorgungsfachbetrieb handelt, liegt auch ein wichtiger Grund für die Verweigerung der Zustimmung im Sinne des § 3 Abs. 9 Satz 3 vor.
- (9) Einen Auftrag an einen Nachunternehmer (in diesem Vertrag auch „Unterauftrag“ oder „Unterbeauftragung“ genannt) darf der Auftragnehmer nur erteilen, falls (kumulativ):
- a) der betreffende Nachunternehmer für die betreffende (Teil-)Leistung nachweislich über die Eignung verfügt, die nach der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen für die geschuldete Leistungserbringung erforderlich ist,
 - b) für den betreffenden Nachunternehmer das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB nachgewiesen ist,
 - c) der Auftragnehmer im Verhältnis zu dem betreffenden Nachunternehmer nachweislich sicherstellt, dass dieser auch die (zusätzlichen) Anforderungen an die Leistungserbringung einhält, die für den Auftragnehmer gelten, und
 - d) der Auftraggeber der konkreten Unterbeauftragung zuvor schriftlich zugestimmt hat.

Dies gilt auch für die eventuelle Beauftragung von Gesellschaftern des Auftragnehmers bzw. für die Übertragung der Verpflichtungen auf Gesellschafter des Auftragnehmers. Die Zustimmung darf der Auftraggeber aus wichtigem Grund verweigern. Dazu zählt insbesondere, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber nicht oder nicht hinreichend nachweist, dass der vom Auftragnehmer vorgesehene Nachunternehmer für die betreffende (Teil-)Leistung über die Eignung verfügt, die nach der Bekanntmachung und den

ist, anstelle eines EfB-Zertifikats über Eigenerklärungen und/oder sonstige Unterlagen zu verfügen und diese dem Auftraggeber innerhalb der vertraglich geregelten Frist vorzulegen.

Vergabeunterlagen für die geschuldete Leistungserbringung erforderlich sind, oder dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber nicht oder nicht hinreichend das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB in Bezug auf den vom Auftragnehmer vorgesehenen Nachunternehmer nachweist. Zum Nachweis hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber bezüglich des vorgesehenen Nachunternehmers unaufgefordert Unterlagen entsprechend den Unterlagen vorzulegen, die im Vergabeverfahren vom Auftragnehmer bezüglich der betreffenden (Teil-)Leistung vorzulegen waren. Ein wichtiger Grund liegt ferner insbesondere auch dann vor, wenn der Auftragnehmer den Nachweis nicht erbringt, dass er im Verhältnis zu dem betreffenden Nachunternehmer sicherstellt, dass der betreffende Nachunternehmer auch die (zusätzlichen) Anforderungen an die Auftragsdurchführung einhält, die für den Auftragnehmer gelten. In Bezug auf Nachunternehmer, die der Auftragnehmer bei Angebotsabgabe, spätestens aber vor der Zuschlagserteilung benennt und deren Eignung er gegenüber dem Auftraggeber bei Angebotsabgabe, spätestens aber vor Zuschlagserteilung ebenso wie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB nachweist, gilt die erforderliche schriftliche Zustimmung des Auftraggebers mit der Zuschlagserteilung als erteilt. Stellt der Auftraggeber vor der Erteilung des Zuschlags fest, dass Gründe vorliegen, die den Ausschluss eines bereits benannten Nachunternehmers oder weiteren Nachunternehmers vom Vergabeverfahren rechtfertigen, wenn es sich bei diesem um einen Bieter handeln würde, verlangt der Auftraggeber beim Vorliegen mindestens eines zwingenden Ausschlussgrundes – gegebenenfalls unter Fristsetzung – die Ersetzung des Nachunternehmers und darf der Auftraggeber beim Vorliegen mindestens eines fakultativen Ausschlussgrundes – gegebenenfalls unter Fristsetzung – verlangen, dass der Nachunternehmer ersetzt wird. Der vorstehende Satz gilt in Bezug auf Unternehmen, auf deren Kapazitäten sich im Rahmen einer Eignungsleihe berufen wird, entsprechend. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sofern er Unteraufträge an Dritte vergibt, nach § 97 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu verfahren. Die Änderung einer Unterbeauftragung ist ebenfalls nur nach den Vorgaben dieses Absatzes zulässig.

- (10) Abs. 9 gilt – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – entsprechend, wenn ein Nachunternehmer eine (Teil-)Leistung an einen weiteren Nachunternehmer vergibt. Dies ist zwischen dem Auftragnehmer und dessen Nachunternehmer im Rahmen des Unterauftrags vertraglich sicherzustellen. Insbesondere ist vorzusehen, dass der weitere Nachunternehmer für die betreffende (Teil-) Leistung über die Eignung verfügt, die nach der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen für die geschuldete Leistungserbringung erforderlich sind, und dass die Vergabe von Leistungen durch einen Nachunternehmer an einen weiteren Nachunternehmer der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers bedarf.

- (11) Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen, insbesondere unbeschadet Abs. 6b und Abs. 8 bis Abs. 10, hat der Auftragnehmer in eigener Verantwortung einen Nachunternehmer, dessen Einsatz er beabsichtigt, sorgfältig auszuwählen und einen eingesetzten Nachunternehmer sorgfältig zu überwachen. Auch hat der Auftragnehmer einen Verleiher von Arbeitskräften, dessen Inanspruchnahme der Auftragnehmer beabsichtigt, in eigener Verantwortung sorgfältig auszuwählen, und hat er einen in Anspruch genommenen Verleiher von Arbeitskräften in eigener Verantwortung sorgfältig zu überwachen. Nachunternehmer hat der Auftragnehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Der Auftragnehmer darf Nachunternehmern keine insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber vereinbart.
- (12) Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleibt von etwaigen Unterbeauftragungen – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – unberührt.
- (13) Soweit dies gemäß den Vergabeunterlagen im Übrigen nicht anderweitig geregelt ist, muss der Auftragnehmer spätestens zum Leistungsbeginn die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter der Nachunternehmer und etwaiger weiterer Nachunternehmer – aller Stufen der Unterbeauftragung – unaufgefordert dem Auftraggeber mitteilen. Der Auftragnehmer hat zudem dem Auftraggeber unaufgefordert jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung auf der Ebene der Nachunternehmer – aller Stufen – mitzuteilen, unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen, insbesondere unbeschadet Abs. 6a und Abs. 8 bis Abs. 10. Auf entsprechende Anforderung des Auftraggebers muss der Auftragnehmer entsprechende Mitteilungen auch über Lieferanten machen, die an dem vorliegenden Dienstleistungsauftrag beteiligt sind.

§ 5

Rechte des Auftraggebers

- (1) Die Rechte des Auftraggebers ergeben sich ebenfalls vorrangig aus der Leistungsbeschreibung nebst allen Anlagen
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen - einschließlich der durch den Auftragnehmer an Nachunternehmer und/oder an weitere Nachunternehmer übertragenen (Teil-) Leistungen – zu überwachen oder durch Mitarbeiter oder Beauftragte überwachen zu lassen, ohne dass dies einen besonderen Anlass voraussetzt. Dem Auftraggeber, seinen Mitarbeitern und seinen Beauftragten ist dazu – auch unangemeldet – Zutritt zu allen Anlagen/Betrieben zu gewähren, die

im Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen Leistungen stehen. Der Auftraggeber darf im Rahmen der Überwachung auch unangemeldete Kontrollen der für die vertragsgegenständlichen Leistungen eingesetzten Fahrzeuge des Auftragnehmers, seiner Nachunternehmer und der weiteren Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – durchführen. Der Auftraggeber darf im Rahmen der Überwachung ferner unangemeldete Kontrollen von Betriebstagebüchern und vergleichbaren Aufzeichnungen (insbesondere Registern) des Auftragnehmers, seiner Nachunternehmer und weiteren Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – betreffend den Leistungsgegenstand vornehmen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber ferner auf Verlangen alle für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Urkunden vorzulegen. Er ist insbesondere verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen alle gegebenenfalls notwendigen öffentlich-rechtlichen Zulassungen vorzuweisen. Dies gilt auch für öffentlich-rechtliche Zulassungen von Nachunternehmern und weiteren Nachunternehmern – auf allen Stufen der Unterbeauftragung –, was der Auftragnehmer vertraglich sicherzustellen hat. Der Auftragnehmer hat vertraglich sicherzustellen, dass Nachunternehmer und weitere Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – zur entsprechenden Duldung der Überwachung und Kontrollen sowie zur entsprechenden Kooperation bei der Überwachung und bei den Kontrollen verpflichtet sind. Die Kontrollen haben dabei zu den üblichen Betriebszeiten zu erfolgen.

- (3) Im Rahmen der Überwachung und der Kontrollen sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von beiden Vertragsparteien zu wahren. Nachunternehmer und weitere Nachunternehmer – auf allen Stufen der Unterbeauftragung – sowie Verleiher von Arbeitskräften haben Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse ebenfalls zu wahren; dies ist vom Auftragnehmer vertraglich sicherzustellen.
- (4) Die von den Vertragsparteien einander überlassenen Unterlagen dürfen ohne Zustimmung des Vertragspartners weder veröffentlicht, vervielfältigt, noch für einen anderen als den vereinbarten Zweck genutzt werden. Sie sind, soweit nichts anderes vereinbart ist, auf Verlangen zurückzugeben.
- (5) Das Eigentum an den erfassten Abfällen geht im Zusammenhang mit dem Einsammeln der Abfälle durch den Auftragnehmer bzw. mit der Übernahme der Abfälle durch den Auftragnehmer auf den Auftraggeber über.
- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die geltenden Datenschutzbestimmungen einzuhalten und personenbezogene Daten nur für den mit der Durchführung des Vertrages verbundenen Zweck zu verarbeiten.

§ 6

Entgelte; Abrechnung

- (1) Der Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer für die Leistungen aus diesem Vertrag Entgelte, die sich aus dem ausgefüllten Preisblatt (**Anlage 2** zum Vertrag) in Verbindung mit der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zum Vertrag) ergeben. Hinzu kommt die Umsatzsteuer in der gesetzlich jeweils vorgeschriebenen Höhe, soweit es sich um umsatzsteuerpflichtige Leistungen handelt.
- (2) Die Abrechnung erfolgt nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung. Für die umsatzsteuerliche Richtigkeit der Abrechnungen trägt der Auftragnehmer das alleinige Risiko.
- (3) Streitigkeiten über die vom Auftraggeber zu zahlenden Entgelte berechtigen den Auftragnehmer nicht zur Einstellung der vertraglich zu erbringenden Leistungen.

§ 7

Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter, einschließlich etwaiger Prozess- und Anwaltskosten, frei. Satz 2 gilt nicht, falls gegenüber dem Auftraggeber geltend gemachte Ansprüche ein Verschulden voraussetzen und den Auftragnehmer, eventuell von dem Auftragnehmer beauftragte Nachunternehmer und eventuell von diesen beauftragte weitere Nachunternehmer nachweislich kein Verschulden trifft.
- (2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich schriftlich über alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen und von denen der Auftragnehmer Kenntnis erlangt hat, zu unterrichten.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bezüglich der geschuldeten Leistungen rechtzeitig vor Leistungsbeginn eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 5 Mio. € je Schadensfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden sowie eine Umwelthaftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 5 Mio. € je Schadensfall abzuschließen, die für mindestens zwei Schadensfälle pro Jahr Gültig-

keit hat, soweit er über eine solche Versicherung nicht schon im Zeitpunkt der Zuschlagserteilung verfügt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, die Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Umwelthaftpflichtversicherung im Sinne des Satzes 1 während der gesamten des Vertrages aufrecht zu erhalten und dem Auftraggeber diese bis spätestens zum Leistungsbeginn nachzuweisen. Der Versicherungsnachweis wird **Anlage 5** zum Vertrag. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit den Fortbestand der Versicherungen nachzuweisen. Die Versicherungen müssen auch solche Schäden abdecken, die erst nach Ablauf der Vertragsdauer offenbar werden. Die Haftpflichtversicherung muss bei Einsatz von Nachunternehmern auch Schäden aus Auswahlverschulden decken.

- (4) Hat der Auftragnehmer als Bieter oder als Mitglied einer Bietergemeinschaft im Vergabeverfahren die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, haften der Auftragnehmer und das andere Unternehmen, dessen entsprechende Erklärung über die Übernahme einer gemeinsamen Haftung vorliegt und die **Anlage 6** zu diesem Vertrag bildet, im Sinne des § 47 Abs. 3 VgV gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe.

§ 8

Vertragsstörungen

- (1) Sieht sich der Auftragnehmer in der vertragsgemäßen Erbringung der geschuldeten Leistungen ganz oder teilweise gehindert, hat er dies dem Auftraggeber in jedem Fall unverzüglich in Textform mitzuteilen. Darüber hinaus unterrichtet der Auftragnehmer den Auftraggeber auch im Übrigen unverzüglich in Textform über Sachverhalte, die für die Vertragserfüllung von Bedeutung sein können, insbesondere über die Entsorgungssicherheit betreffende Sachverhalte.
- (2) Eine Einstellung der Beförderungsleistungen darf nur im Einvernehmen mit dem Auftraggeber erfolgen. Die Beförderung der nichtabgeholten Abfälle ist in diesem Falle vom Auftragnehmer baldmöglichst, spätestens innerhalb von 48 Stunden nachzuholen. Die Nachholungen sind vom Auftragnehmer auch ohne entsprechende Anweisung des Auftraggebers durchzuführen.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer trotz Fälligkeit - und, falls es sich um eine Leistung im Rahmen des Transportes handelt, trotz fehlenden Einvernehmens des Auftraggebers im Sinne des Abs. 2 - eine vertragsgegenständliche Leistung ganz oder teilweise

nicht, kann der Auftraggeber nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten, angemessenen Nachfrist die betreffende Leistung selbst durchführen oder durch einen von ihm beauftragten Dritten durchführen lassen (Ersatzvornahme). Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Kosten der Ersatzvornahme zu erstatten, es sei denn, der Auftraggeber hat die Nichterbringung der Leistung zu vertreten. Die Geltendmachung anderer und/oder weiterer Ansprüche durch den Auftraggeber bleibt vorbehalten.

§ 10

Vertragsstrafen

- (1) Für die vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben.
- (2) Kommt der Auftragnehmer seinen vertraglichen Pflichten nicht nach und wird er deshalb von dem Auftraggeber mindestens zweimal schriftlich im Abstand von 14 Kalendertagen in gleicher Angelegenheit gemahnt, kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe von bis zu 5.000,00 € auferlegen und sie mit dem Entgelt verrechnen. Beispiele hierfür sind ein fehlender Versicherungsschutz oder eine fehlende Zertifizierung im Sinne von § 4 Abs. 7.
- (3) Wird ordnungsgemäß und rechtzeitig zur Abholung bereit gestellter Bioabfall aus vom Auftragnehmer zu vertretenden Gründen nicht abgeholt und wird die Abholung/Übernahme schuldhaft trotz Aufforderung durch den Auftraggeber nicht innerhalb der von ihm gesetzten angemessenen Frist vom Auftragnehmer nachgeholt, so ist der Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe von 500,00 € pro Einzelfall aufzuerlegen und mit dem Entgelt zu verrechnen.

Wird ohne triftigen Grund die Zu- bzw. Abfahrt zur bzw. von der Übernahmestelle über A 61 und Montel-Allee nicht eingehalten, so ist der Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe von 500,00 € pro Einzelfall aufzuerlegen und mit dem Entgelt zu verrechnen.

- (4) Die nach Abs. 2 und Abs. 3 anfallende Vertragsstrafe ist der Höhe nach auf höchstens 5 % der Auftragssumme – d. h., der Gesamtkosten pro Jahr im Sinne des Preisblattes – der Vertragslaufzeit (1 Jahr) begrenzt. Die Geltendmachung weitergehender Schäden unter Anrechnung der Vertragsstrafe sowie das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleiben unberührt.

§ 11

Vertragslaufzeit und außerordentliche Kündigung

- (1) Der Vertrag wird mit einer Laufzeit von einem Jahr geschlossen. Leistungsbeginn ist der 01.01.2027. Der Vertrag endet mit Ablauf des 31.12.2027 (Vertragsende), sofern der Auftraggeber den Vertrag mit einer Frist von 3 Monaten vor Vertragsende kündigt. Ansonsten verlängert sich die Vertragslaufzeit zunächst um ein Jahr bis zum Ablauf des 31.12.2028 (erstes neues Vertragsende). Kündigt der Auftraggeber oder der Auftragnehmer den Vertrag nicht mit einer Frist von 6 Monaten vor dem ersten neuen Vertragsende, verlängert sich die Vertragslaufzeit um ein weiteres Jahr bis zum Ablauf des 31.12.2029 (zweites neues Vertragsende und zugleich letztmögliches Vertragsende).
- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt. Der Auftraggeber kann den Vertrag insbesondere fristlos kündigen, wenn
 - a) der Auftragnehmer die Leistungen nicht innerhalb von fünf Werktagen nach Leistungsbeginn gem. Abs. 1 aufnimmt; oder
 - b) der Auftragnehmer in Vermögensfall gerät, insbesondere ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet wird oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird; oder
 - c) der Auftragnehmer die Leistungen ganz oder teilweise einstellt und der Auftraggeber erfolglos eine angemessene Frist zur Erfüllung gesetzt hat; oder
 - d) der Auftragnehmer eine Verpflichtung aus diesem Vertrag trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung in gleicher Angelegenheit nicht unverzüglich erfüllt, wobei zwischen den Mahnungen jeweils ein Zeitraum von 14 Tagen liegen muss; oder
 - e) der Auftragnehmer pflichtwidrig nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig über nach öffentlichem Recht erforderliche Zulassungen verfügt oder er diese Zulassungen dem Auftraggeber pflichtwidrig nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt; oder
 - f) der Auftragnehmer nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig über den nach diesem Vertrag erforderlichen Versicherungsschutz verfügt oder er diesen Versicherungsschutz dem Auftraggeber nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachweist; oder
 - g) Zertifikate entgegen § 4 Abs. 7 nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorliegen oder dem Auftraggeber nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachgewiesen werden.

Der Auftraggeber kann den Vertrag während der Vertragslaufzeit insbesondere auch dann fristlos kündigen, wenn

- a) eine wesentliche Änderung vorgenommen wurde, die nach § 132 GWB ein neues Vergabeverfahren erfordert hätte; oder
 - b) zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 Absatz 1 bis 4 GWB vorlag; oder
 - c) der öffentliche Auftrag aufgrund einer schweren Verletzung der Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder aus den Vorschriften dieses Teils, die der Europäische Gerichtshof in einem Verfahren nach Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgestellt hat, nicht an den Auftragnehmer hätte vergeben werden dürfen.
- (3) Hat der Auftragnehmer den Grund der außerordentlichen Kündigung zu vertreten, hat die nachgewiesene Mehrkosten sowie den vom Auftraggeber nachgewiesenen Schaden, der diesem durch die Kündigung entsteht, zu tragen. Dazu gehören auch die Kosten, die dem Auftraggeber durch eine erforderliche neue Vergabe entstehen.
- (4) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.
- (5) Die außerordentliche Kündigung hat durch Einschreiben mit Rückschein gegenüber dem anderen Vertragspartner zu erfolgen.
- (6) Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der Auftragnehmer alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu unternehmen, damit dem Auftraggeber oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird. Wegen der Einzelheiten hat der Auftragnehmer auf entsprechende Aufforderung mit dem Auftraggeber und/oder mit vom Auftraggeber benannten Dritten zu kooperieren.

§ 12

Rechtsänderungen; Änderungskündigung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sich ergebende Änderungen für die hier durchzuführenden Aufgaben aufgrund von Änderungen der Abfallsatzung des Kreises Viersen oder des Auftraggebers, aber auch aufgrund von Änderungen des sonstigen öffentlichen Rechts, insbesondere des europäischen Abfallrechts, des Abfallrechts des Bundes (einschließlich insbesondere des KrWG und des VerpackG), des Abfallrechts der Länder, soweit einschlägig, des europäischen Immissionsschutzrechts, des Immissionsschutzrechts des Bundes (einschließlich des BImSchG) und des Immissionsschutzrechts der Länder, soweit einschlägig, auch ohne Aufforderung durch den Auftraggeber und unbeschadet des Abs. 2 unverzüglich umzusetzen, vorbehaltlich des § 132 GWB. Der Auftraggeber weist den Auftragnehmer frühzeitig auf Rechtsänderungen hin, soweit diese in den Bereich der Regelungskompetenz des Auftraggebers fallen.
- (2) Ändern sich die einschlägigen abfallrechtlichen Bestimmungen wesentlich und geht damit eine wesentliche Änderung des Leistungsumfangs einher, die jedoch Gegenstand einer ohne neues Vergabeverfahren zulässigen Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit durch die Parteien sein kann (vgl. § 132 Abs. 2 und Abs. 3 GWB), ist die Vergütung einvernehmlich anzupassen. Kommt eine Einigung nicht innerhalb von drei Monaten nach einem Anpassungsverlangen zustande, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen.

§ 13

Höhere Gewalt / Covid-19-Pandemie / Ukraine-Krieg

- (1) Höhere Gewalt sind Ereignisse, die kumulativ von außen kommend, außergewöhnlich, unvorhersehbar und unabwendbar sind sowie außerhalb des Risiko- und Einflussbereichs einer Partei liegen. Dies können, wenn die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen, z.B. Naturkatastrophen, Erdbeben, Überschwemmungen, Unwetter im Sinne einer Naturkatastrophe, Epidemien, Pandemien, Mobilmachung, Krieg, Aufruhr, Terrorismus, Sabotage, Streik, Aussperrungen, Embargos oder Ausführbeschränkungen sein.
- (2) Die Parteien stimmen darin überein, dass eine weltweite Pandemie aufgrund einer sich schnell ausbreitenden Erkrankung in vergleichbarem Maßstab wie das Corona-

virus (COVID 19/SARS-CoV-2), d. h. sowohl die Pandemie als solche als auch Verzögerungen aufgrund mit der Pandemie einhergehender Auswirkungen und/oder Einschränkungen, die auf rechtlichen, d. h. behördlichen oder gesetzlichen, Grundlagen beruhen, als Höhere Gewalt im Sinne dieser Regelung des Vertrages zu qualifizieren sein können, wenn im Übrigen die Voraussetzungen des Begriffs der Höheren Gewalt vorliegen.

Kein Fall Höherer Gewalt ist demnach aber gegeben für schon bei Unterzeichnung dieses Vertrages bekannte Störungen aufgrund des Coronavirus; diese sind bereits (insbesondere preislich und terminlich) einkalkuliert. Das betrifft insbesondere Erkrankungen von Mitarbeitern, Hygienemaßnahmen und -konzepte, Lieferungen von Materialien etc.; dies hat der AN einkalkuliert. Der AG erwartet vom AN, dass dieser im Falle einer weltweiten Pandemie angemessene Maßnahmen ergreift, um die Leistungsfähigkeit trotz der Auswirkungen aufrecht zu erhalten; er erwartet weiterhin, dass diese Maßnahmen preislich und terminlich soweit möglich einkalkuliert werden.

- (3) Die Parteien sind sich des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Unsicherheit für die Erfüllung Ihrer Verpflichtungen aus diesem Vertrag bewusst. Die Parteien werden in diesem Zusammenhang gütlich und angemessen miteinander umgehen. Der AG hat im Vorfeld des Vertragsschlusses ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der AN alle vorhersehbaren zusätzlichen Kosten für Folgen/Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine entsprechend der Kriegssituation in sein Angebot aufnehmen muss. Etwaige zusätzliche noch nicht bekannte Folgen für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen infolge des Ukraine-Krieges können ein unvorhersehbares Ereignis darstellen und dementsprechend Höhere Gewalt, soweit die weiteren Voraussetzungen für das Vorliegen von Höherer Gewalt nach § 14 Abs. 1 erfüllt sind.
- (4) Tritt eine von § 11 Abs. 1 bis Abs. 3 erfasste Störung auf, verpflichtet sich die betroffene Partei, der jeweils anderen Partei unverzüglich hiervon Mitteilung zu machen.

Die Parteien haben bei Höherer Gewalt alle angemessenen Anstrengungen zur Beseitigung bzw. Minderung der Schwierigkeiten und entstehenden Schäden zu unternehmen und sich wechselseitig fortlaufend schriftlich zu unterrichten. Die Kostenfolgen Höherer Gewalt hat jede Partei selbst zu tragen. § 313 BGB bleibt unberührt.

§ 16

Schlussvorschriften

- (1) Änderungen und Zusätze zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieser Klausel. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt das die Wirksamkeit des übrigen Vertragsinhaltes nicht. Unwirksame oder undurchführbare Bestimmungen gelten vielmehr als durch wirksame Regelungen ersetzt, Lücken als ausgefüllt, wie dies den im Vertrag zum Ausdruck kommenden Willen der Vertragsbeteiligten am besten entspricht. Die Vertragsbeteiligten verpflichten sich wechselseitig, an einer schriftlichen Niederlegung solcher Bestimmungen mitzuwirken.

Nur für Bietergemeinschaften:

- (3) Die Bietergemeinschaft bildet die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) [wird ergänzt].

Alle Mitglieder der ARGE haften als Gesamtschuldner, und zwar unabhängig von der Rechtsform sowie – vorbehaltlich einer Verjährung – zeitlich unbegrenzt; § 160 HGB wird abbedungen.

Viersen, den _____, den _____
